

AR HIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Der Plastikmeeresspiegel steigt, so wie derjenige der Meere aus Wasser. Foto: jd

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

ANDALUSIEN / MODERNE SKLAVEREI

Wieder eingetaucht ins Plastikmeer

Im April 2000 beteiligte ich mich an einer internationalen Delegation des Europäischen BürgerInnen Forums (EBF) nach Andalusien in Südspanien, wo kurz zuvor in El Ejido pogromartige Ausschreitungen gegen marokkanische Landarbeiter·innen stattgefunden hatten. Inzwischen habe ich das sogenannte «Plastikmeer von Almeria» mehrfach besucht, das letzte Mal im Dezember 2021.

Wir waren damals, im Jahr 2000, zutiefst schockiert von der brutalen und unerbittlichen Ausbeutung der Migrant·inn·en in den Plastikgewächshäusern, wo massenhaft Gemüse für die Supermärkte Europas produziert wird. Wir waren schockiert über einen Rassismus, der hemmungslos gelebt wurde, und dessen Verbindung zu einer ausgeklügelten Produktionsform der modernen industriellen Landwirtschaft. Im damaligen EBF-Delegationsbericht «Anatomie eines Pogroms, z.B. El Ejido» wiesen wir auch auf die Schwächen und Anfälligkeiten dieses Systems hin: Solche menschenverachtenden Situationen rufen immer mehr Widerstand hervor; die Konkurrenz mit Marokko und anderen Ländern, in denen die Löhne niedriger sind, bedroht längerfristig die Vormachtstellung Spaniens, um weiterhin der «Wintergarten Europas» bleiben

zu können; die teuren Wasserbohrungen in immer tiefere Erdschichten (mehr als tausend Meter), um auf salzfreies Grundwasser zu stossen, und der intensive Einsatz von Pestiziden bringen zusätzliche Kosten und bedrohen die Weiterführung dieser Produktionsweise. Heute, fast 22 Jahre nach den pogromartigen Ausschreitungen in El Ejido, bin ich wieder in Südspanien.

Wie die Situation heute ist

Wieder bin ich hautnah mit der Situation der Landarbeiter·innen konfrontiert, was mich nach wie vor erschüttert. Neben Plakaten mit Werbung für neueste Gemüse-Hybridsorten auf Spanisch sehe ich auch Tafeln mit arabischen Aufschriften: Da werden den migrantischen Arbeiter·innen gebrauchte Plastikfetzen und Bewässerungsschläuche sowie Pappkar-

tons für das Zusammenbasteln von miserablen Behausungen zum Verkauf angeboten. Diese so genannten «chabolas» sind immer noch sehr zahlreich zwischen den Plastik-Gewächshäusern, anstatt dass die Arbeiter·innen korrekt untergebracht würden.

Trotzdem tut sich etwas

Das System funktioniert weiterhin «bestens». Auch die schwere Wirtschaftskrise in Spanien war für diesen Sektor kein Problem. Während damals von rund 30.000 Hektar Plastikflächen die Rede war, wird heute das «Plastikmeer», welches sich inzwischen auch auf die Berghänge erstreckt, auf über 60.000 Hektar geschätzt. Und heute gibt es auch Bio- und Demeter-Betriebe, die von dieser Anbauweise profitieren, um günstig Obst und Gemüse auf den Markt zu bringen. Wenn wir vor zwanzig Jahren den Eindruck hatten, dass Pestizide ungehemmt und massenhaft eingesetzt wurden, so stossen wir jetzt auf zahlreiche Spezialist·inn·en und Berater·innen für den Einsatz von Nützlingen, Hormonfallen, Insektenschutznetzen und auch biologischen Produkten gegen Pilzkrankheiten und Schädlinge. Pestizide werden nun viel gezielter eingesetzt. Arbeitskräfte für diese riesigen Produktionsflächen fehlen auch heute nicht. Zwar ist ein permanenter Wechsel im Gange: Wer sich von den migrantischen Arbeiter·inne·n legalisieren kann, geht meistens woandershin. Sie werden dann von neuangekommenen, häufig papierlosen, ersetzt; die Konkurrenz unter den Arbeitssuchenden ist nach wie vor gross.

Die unabhängige Gewerkschaft SOC-SAT von Andalusien beteiligte sich schon damals an unserer Delegation. Mit finanzieller Unterstützung des EBF und anderer Organisationen betreibt sie seit über zwanzig Jahren drei Gewerkschaftsbüros in Almeria, El Ejido und Nijar. Die langjährige Präsenz von SOC-SAT trägt Früchte. Während den Öffnungszeiten der Lokale stehen Arbeiter:innen Schlange, um sich beraten zu lassen; die Anwältin Laura führt zahlreiche Prozesse, die sie in der Regel gewinnt, da die Betriebe und deren Besitzer:innen das Arbeitsrecht kaum respektieren. Die SOC-SAT ist die einzige Gewerkschaft, die in dieser Gegend wirklich aktiv ist. Sie schafft es, Blockaden und Streiks zu organisieren, und manchmal zeigen sich die Unternehmen schon von vornherein kompromissbereit, weil sie die Mobilisierungskraft der SOC-SAT fürchten. Es gelang der Gewerkschaft auch, in einigen Unternehmen durch Betriebsratswahlen Delegierte durchzubringen und so Einfluss auf die Arbeitsbedingungen zu nehmen. Dabei handelt es sich oft – neben den Gemüseproduzenten – um grosse lokale Verpackungsunternehmen und Verteiler. Dank internationaler Vernetzung konnten solche Unternehmen unter Druck gesetzt werden, wenn diese Arbeitsverträge nicht respektierten oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter:innen entlassen woll-

ten. Nach einem Bericht vom belgischen Fernsehsender RTBF im Januar 2021 über die Arbeitsbedingungen beim Biogrossisten «Biosavor» in Almeria löste die Supermarktkette Aldi-Belgien ihre Partnerschaft auf. Dies ist nur eines von vielen Beispielen. Die SOC-SAT arbeitet auch mit den «Interbrigadistas» aus Berlin zusammen, die sich vor Ort engagieren und auch Dokumente über die dortige Situation herausgeben.

Jetzt, anfangs Februar, kommt eine Delegation von Landarbeiterinnen aus der andalusischen Region Huelva zu uns nach Südfrankreich. Das «Codetras», unser hiesiges Kollektiv zur Verteidigung der ausländischen Arbeiter:innen in der Landwirtschaft, wird sie mit den zahlreichen Menschen aus Lateinamerika, vor allem aus Ecuador, zusammenbringen, die hier in den Plantagen Südfrankreichs arbeiten. Erfahrungsaustausch, gegenseitige Hilfe, gemeinsame Feste und vieles mehr stehen auf dem Programm. Ich war gemeinsam mit Medienschaffenden und Wissenschaftler:innen von Codetras nach Andalusien gereist. Wir knüpften – neben unserem Besuch bei unseren Freund:inn-en der SOC-SAT – auch viele neue Kontakte, u.a. mit diesen Frauen, die in Huelva um ihre Würde und ihre Rechte kämpfen und uns jetzt besuchen kommen.

Peter Gerber, Codetras

POLEN/WEISSRUSSLAND

Showdown an der Grenze

Die humanitäre Krise, die wir seit drei Monaten an der polnisch-weissrussischen Grenze (sowie an der weissrussischen zu Lettland und Litauen) erleben, ist beispiellos in Europa. Das belarussische Regime orchestriert die Migration als Mittel, um sich an der EU – und auch an Polen – zu rächen. Die Gruppe Granica* hat einen Bericht über die Lage der Migrant:inn-en im Grenzgebiet verfasst, sie stellt ihn selbst vor:

Wir möchten betonen, dass das, was sich an der Grenze zwischen Polen und Belarus abspielt, keine «Migrationskrise» ist.

Die Situation wurde nicht durch Krieg, eine Naturkatastrophe oder plötzliche Machtverschiebung hervorgerufen. Das belarussische

Regime brachte die Menschen in das Grenzgebiet, um Verwirrung zu stiften und um innerhalb der polnischen Gesellschaft eine Polarisierung zu erzeugen. Aus dieser Perspektive können wir sagen, dass der weissrussische Präsident Alexander Lukaschenko sein Ziel erreicht hat – die polnische Bevölkerung war noch nie so gespalten.

Es handelt sich also ausdrücklich nicht um eine Migrationskrise – solche Krisen betreffen in der Regel Millionen von Menschen. Hier sind es nur ein

paar tausend, die an die polnische Grenze gebracht wurden, das entspricht in etwa zwei ausgebuchten Sälen eines grossen Theaters – oder den VIP-Plätzen des nationalen Sportstadions. Was hier geschieht, übersteigt nicht die Möglichkeiten und Ressourcen unseres Landes, um diesen Menschen aus der Not zu helfen. Die belarussischen Behörden haben es jedoch ohne Weiteres geschafft, die polnische Regierung zu einer Reihe von radikalen Schritten zu bewegen: Einführung des Ausnahmezustandes, Einschränkung der Medienfreiheit, Verbot für Aktivist:inn-en, das Grenzgebiet zu betreten – ohne Ausnahme für diejenigen, die medizinische und humanitäre Hilfe leisten. Die polnische Gesetzgebung wurde geändert, wodurch die Menschenrechte und die Standards zum Schutz des menschlichen Lebens schwer beeinträchtigt werden.

Nach dem Zustrom einer grossen Anzahl von Migrant:inn-en nach Europa zwischen 2014 und 2016 ist der Umgang mit migrationsbezogenen Fragen besonders schwierig geworden. Sie führen häufig zu hitzigen Diskussionen und polarisieren die Gesellschaft. Diese Tatsache nutzt Alexander Lukaschenko aus. (...) Die belarussischen Behörden haben sich wie ein gut organisiertes Netzwerk von Schleppern verhalten. Sie nutzten auf zynische Weise die Pathologien des europäischen Visasystems aus, in dem die meisten Menschen, die einen sicheren Zufluchtsort oder eine Familienzusammenführung suchen, kein Visum für die EU-Länder erhalten. Lukaschenko lockte die Migrant:inn-en mit dem Versprechen eines einfachen und sicheren Zugangs zu Europa in eine teils tödliche Falle. Ab dem Moment ihrer Ankunft wurden sie mit brutaler Gewalt behandelt und dann gezwungen, die EU-Aussengrenze an unerlaubten Orten zu überqueren. Man brachte sie vorsätzlich in lebens- und gesundheitsgefährdende Situationen und verwehrte ihnen den Zugang zu Wasser, Nahrung und anderen Grundbedürfnissen.

Die Regierung Weissrusslands behauptet, dass diese Migration spontan sei und dass die Behörden lediglich aufgehört hätten, Migrant:inn-en daran zu hindern, westwärts über belarussisches Gebiet zu ziehen. Diese Behauptung ist schlichtweg falsch. Es gibt

Die Arbeit an der belarussisch-polnischen Grenze

In dem Bericht der Grupa Granica werden chronologisch die Ereignisse an der polnisch-weissrussischen Grenze und ihr politischer Kontext sowie einzelne Schicksale seit Anfang Juli 2021 beschrieben. Die Arbeit von Granica und anderer Hilfsorganisationen wird dargestellt sowie die gesamte Situation an der Grenze, auch mithilfe von kartographischen Bildern. Sie können den Bericht (auf Englisch) bestellen bei:

Europäisches BürgerInnen Forum (EBF), Postfach, CH-4001 Basel oder per Mail: ch@forumcivique.org.

Das EBF hat Granica kürzlich finanziell unterstützt und kann Spenden an die Gruppe weiterleiten.



Tote Strecke im Grenzgebiet, Foto: grupa granica

bestimmte Fluggesellschaften, von denen bekannt ist, dass sie Flüchtende nach Belarus bringen – eine Praxis, die erst jetzt eingedämmt wurde. In diesem Zusammenhang wird klar, dass es keine Migrationskrise an der der polnisch-weissrussischen Grenze gibt. Die derzeitige dramatische Situation der Menschen, die in den Wäldern im Niemandsland an der Grenze gestrandet sind, ist eine humanitäre Krise. Sie ist das Ergebnis einer Strategie, welche die polnische Regierung als Reaktion auf Lukaschenkos Vorgehen beschlossen hat. Sie betrifft die Migrant-inn-en, welche bereits die polnische Grenze überquert haben. Es geht darum, diese Menschen so schnell wie möglich und um jeden Preis nach Belarus zurückzuschicken.

Angesichts der Beschaffenheit des Geländes (dichte Wälder, Sümpfe und Flüsse) und der Tatsache, dass die Temperaturen derzeit häufig unter Null fallen, ist diese Strategie nicht voll aufgegangen. Dies ist eine klare Schlussfolgerung einerseits durch die vom Grenzschutz veröffentlichten Daten über die Anzahl der Personen, die nach dem Grenzübertritt festgenommen (und zurückgeschoben) wurden, und andererseits durch Informationen über Migrant-inn-en, die nach einer irregulären Einreise später an der polnisch-deutschen Grenze aufgehalten wurden.

Die polnischen Behörden haben sich auf die Auswirkungen der belarussischen Strategie konzentriert, anstatt über die Ursachen nachzudenken. Dies hat dazu geführt, dass sich die polnischen Behörden in einen erbitterten Showdown mit den belarussischen Behörden verwickelt haben, bei dem Menschenleben auf dem Spiel stehen. Polen hat alle Standards aufgegeben: die Respektierung der Menschenrechte, den Schutz der Geflüchteten und die Grundsätze der Menschlichkeit. Auch wenn die Situation an der Grenze von der belarussischen Regierung inszeniert wurde, ist sie genauso das Ergebnis von Entscheidungen der polnischen Politiker:innen.

Aus Sicht der Migrant-inn-en sind die Massnahmen der polnischen und belarussischen Behörden fast identisch: Beide respektieren weder ihre Würde noch ihre Rechte. Menschen, welche die Grenze passieren, werden von den polnischen Beamten angehalten und gewaltsam auf die weissrussische Seite zurückgedrängt, wo sie von den belarussischen Grenzschutzbeamten wieder brutal in Richtung Polen gezwungen werden. Selbst diejenigen, die inzwischen erkannt haben, dass sie in der Falle sitzen und in ihre Herkunftsländer zurückkehren möchten, können dies nicht tun.

Das Vorgehen der Beamten beider Länder hat zur Folge, dass die Migrant-inn-en wochenlang in den Wäldern nahe der Grenze in der Kälte und im Regen, ohne Nahrung, sauberes Wasser und medizinischer Versorgung ausharren müssen. Die von Belarus verfolgte Politik richtet sich gegen die Europäische Union, obwohl im Mittelpunkt des Gesche-

hens vor allem diejenigen Länder stehen, die eine gemeinsame Grenze mit Weissrussland haben, nämlich Polen, Litauen und Lettland. Die Rolle Deutschlands wird jedoch immer wichtiger, da diejenigen, die aus der Blockade an der Grenze ausbrechen konnten, nach Deutschland kommen. Bis Ende Oktober 2021 haben fast 9000 Menschen Deutschland über Weissrussland und Polen erreicht.

Unser Bericht konzentriert sich auf die Situation von Migrant-inn-en in der polnisch-weissrussischen Grenzregion. Er basiert auf Informationen von Aktivist:inn-en der Grupa Granica (GG), die seit Mitte August 2021 im Grenzgebiet tätig ist, um den Schutzsuchenden humanitäre Hilfe zu leisten und sie beim Zugang zu relevanten Rechtsverfahren zu unterstützen, mit dem zusätzlichen Ziel, die Rechts- und Menschenrechtsverletzungen zu überwachen und zu dokumentieren. In dem Bericht werden verschiedene Daten präsentiert. Einige sind Informationen des polnischen Grenzschutzes, die wir versuchen zu interpretieren und zu erklären. Wir haben auch Daten verwendet, die wir während der Feldarbeit direkt von Migrant-inn-en, Aktivist:inn-en und Bewohner:inne-n der Grenzgebiete sowie von Vertreter:inn-en verschiedener Hilfsinitiativen, die Teil von Granica sind, und von anderen Organisationen erhalten haben.

Wir verwenden den Begriff «Zwangsmigrant-inn-en» für Personen, die an der Grenze festsitzen. Dies ist unserer Ansicht nach am besten geeignet, die Situation von Migrant-inn-en zu beschreiben, deren Rechtsstatus bisher nicht geklärt werden konnte, weil in den meisten Fällen kein rechtliches Verfahren eingeleitet wurde. Wir möchten

auch betonen, dass diese Menschen derzeit nicht frei sind, ihre Migrationswege zu wählen – sie wissen nicht, ob und wo sie die EU-Grenze überschreiten können, ob sie nach Belarus zurückgeschickt werden oder in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen. All diese Entscheidungen werden von den Behörden verschiedener Länder getroffen, und die Migrant:inne-en selbst werden entmenschlicht und als Objekte wie Schachfiguren behandelt.

Ausserdem müssen wir die soziale und politische Situation in den Herkunftsländern der derzeit im polnisch-weissrussischen Grenzgebiet gestrandeten Menschen betrachten. Zu diesen Ländern gehören der Irak, Syrien, Afghanistan, Jemen, Somalia und der Iran. Sehr wahrscheinlich haben die meisten von diesen Menschen gute Gründe, internationalen Schutz in der EU zu beantragen.

In unserem Bericht verwenden wir auch den Begriff «Abschiebung» (poln. Wywózka) – so wollen wir die tatsächlichen Handlungen der polnischen Behörden bezeichnen. Obwohl der englische Begriff «push-back» in diesem Zusammenhang verwendet wurde, sind wir der Ansicht, dass wir hier Zeug:inn-en von etwas wesentlich Schlimmerem sind, nämlich von massenhaften gewalttätigen und illegalen Abschiebungen dieser Menschen.

Grupa Granica

* Die Grupa Granica ist ein Zusammenschluss verschiedener NGO in Polen, die sich für die Belange von Geflüchteten einsetzen und an der polnisch-belarussischen Grenze aktiv ist – und dies entgegen aller Widerstände der Behörden. Inzwischen ist die Berichterstattung in den grossen Medien abgeflaut. Es stimmt, dass weniger Migrant:innen kommen, das heisst aber nicht, dass das Problem gelöst ist.

Frontex - Der erste Schritt ist geschafft

Liebe Freundinnen und Freunde,

Das fast Unglaubliche ist Wirklichkeit geworden: Am 20. Januar haben wir der Bundeskanzlei in Bern über 62.000 Unterschriften für das Referendum gegen die Schweizer Beteiligung am Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex übergeben. Die Unterschriften werden nun von der Kanzlei in die Gemeinden zur Überprüfung weitergeschickt. So oder so können wir aber sagen: Wir haben es geschafft! Ein gigantischer Kraftakt, der durch die Energie junger, aktivistischer Leute mit der Unterstützung der beiden zivilgesellschaftlichen Internet-Plattformen Campax und WeCollect und vielen anderen realisiert wurde. Wir danken an dieser Stelle allen Leserinnen und Lesern des Archipels, die sich engagiert haben. Unsere Gratulation geht an die Aktivist:inn-en des «Migrant Solidarity Network», die es als kleine Gruppe gewagt haben, dieses Referendum überhaupt zu ergreifen. Die Vorlage wird am 15. Mai 2022 zur Abstimmung kommen. Somit ist die Schweiz das erste Land Europas, in dem die Bevölkerung über die Frage der Beteiligung an Frontex abstimmen kann. Jetzt geht es darum, diese Abstimmung zu gewinnen – mit der Hilfe von euch allen.

Weitere Informationen unter: www.frontex-referendum.ch

Claude Braun

Archipel
Monatszeitung des
Forum CiviQue

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Ein Aufruf zur internationalen Solidarität

Ukrainische antifaschistische Aktivist·inn·en, die in der Gruppe «Sotsialny Rukh»¹ (Soziale Bewegung) zusammengeschlossen sind, wandten sich am 13. Januar 2022 mit folgendem Appell an die internationale Linke, insbesondere an deren westeuropäische Vertreter·innen:

Der Kreml hat der russischen Armee befohlen, an den ukrainischen Grenzen zu stehen, und droht mit einer Intervention, falls die USA, die NATO und die Ukraine nicht auf seine Forderungen eingehen. Wir, die ukrainischen Sozialist·inn·en, rufen die internationale Linke auf, die imperialistische Politik der russischen Regierung zu verurteilen und ihre Solidarität mit den Menschen zu zeigen, die unter dem mindestens acht Jahre dauernden Krieg gelitten haben und Gefahr laufen, unter einem neuen zu leiden zu müssen. Mit diesem Aufruf legt «die soziale Bewegung» das Phänomen der Wiedergeburt des russischen Imperialismus offen, beschreibt die Situation im Donbass und schlägt Schritte vor, um den Frieden zu sichern.

Russischer Imperialismus

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR beherrschte eine einzige Supermacht die Welt: die Vereinigten Staaten von Amerika. Doch nichts hält für immer und nun schwindet deren Hegemonie. Die US-Interventionen in Afghanistan und im Irak führten zu katastrophalen Kriegen für die Menschen in diesen Ländern und endeten für die USA sehr schmachvoll. Leider wurde der Niedergang des US-Imperialismus nicht von der Entstehung einer demokratischeren Welt begleitet, sondern vom Aufstieg anderer imperialistischer oder fundamentalistischer «Raubtiere» und nationalistischer Bewegungen. Unter diesen Umständen muss die internationale Linke, die sich dem Kampf gegen den westlichen Imperialismus verschrieben hat, ihre Strategie überdenken.

In den letzten Jahrzehnten hat es eine Renaissance des russischen Imperialismus gegeben, der nun versucht, die USA dazu zu bringen, die Einflussphären in der Welt neu zu verteilen. Die Fakten zeigen, dass es den Völkern nichts Gutes bringt, unter den Einfluss von Putins Russland zu geraten. Gerade jetzt befinden sich russische Truppen in Kasachstan mit dem Auftrag, den Volksaufstand gewaltsam niederzuschlagen. Diese Aktionen bestätigen den reaktionären Charakter der OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit), die nicht geschaffen wurde, um Staaten vor einer Aggression von aussen zu schützen, sondern um den Einfluss des Kremls zu verstärken und unpopuläre Regime vor Revolutionen zu schützen. De facto schützen die russischen Truppen in Kasachstan auch die Interessen der US-amerikanischen und britischen Kapitalis-

ten, die einen erheblichen Teil der Ölindustrie in Kasachstan besitzen. Eine ähnliche Rolle spielten die Russen bei den belarussischen Protesten. Der Kreml schickte seine Propagandisten, um streikende Medienmitarbeiter·innen zu ersetzen, und kündigte die Bildung einer Reserve von Sicherheitsbeamten an, die bereit war, nach Weissrussland abgerufen zu werden. Wie im 19. Jahrhundert, als das Russische Reich der Gendarm Europas war, blockiert das Putin-Regime jegliche politische oder soziale Veränderung im postsowjetischen Raum – jede soziale Bewegung muss sich davor hüten, den Kreml zu verstimmen.

Wir bringen unsere Dankbarkeit und Solidarität mit den linken russischen Aktivist·inn·en zum Ausdruck, die sich der imperialistischen Politik des Kreml widersetzen und für einen demokratischen und sozialen Wandel in ihrem Land kämpfen. Nur eine Revolution in Russland und der Sturz des Putin-Regimes können Stabilität, Frieden und Sicherheit in den postsowjetischen Ländern bringen.

Die Lage im Donbass

Der Kreml beschuldigt die ukrainische Regierung, eine Militäroffensive im Donbass zu planen, doch das ist eine glatte Lüge. Die Versuche Selenskyjs, die Lage im Donbass zu verändern um Frieden zu schaffen, waren erfolglos. Wir verurteilen die neoliberale und nationalistische Politik der ukrainischen Regierung, aber sie rechtfertigt in keiner Weise die imperialistische Bedrohung durch Russland.

Russland beschuldigt die Ukraine ständig, die politischen Anforderungen des Minsker Abkommens nicht zu erfüllen, verstösst aber permanent gegen dessen sicherheitspolitische Anforderungen. Das jüngste Beispiel war, dass Russland das Mandat der OSZE-Mission² zur Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenzen stoppte, obwohl diese in Paragraph 4 des Minsker Protokolls zugesichert worden war. In den selbsternannten Republiken, die vom Kreml kontrolliert werden, gab es

immer unvergleichlich mehr Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gegenüber den Vertretern der OSZE-Mission an der Frontlinie als auf der anderen Seite. Doch trotz dieser Hindernisse verzeichnete die OSZE ein Vielfaches an Verstössen gerade durch die «DPR» (Volksrepublik Donezk) und die «LPR» (Volksrepublik Lugansk) gegen die Bedingungen für den Abzug schwerer Waffen von jener Frontlinie.

Die Ukraine darf nicht zum Wechselgeld werden.

Das wichtigste Element ist jedoch die Klausel 10 von Minsk-2, die nie umgesetzt wurde: «Rückzug aller ausländischen bewaffneten Formationen, militärischen Ausrüstungen und Söldner von ukrainischem Territorium unter Aufsicht der OSZE sowie die Entwaffnung aller irregulären Gruppen.» Es gab und gibt russische Truppen im Donbass, aber der Kreml leugnet dies immer noch scheinheilig.

Entgegen dem Mythos, der unter einigen westlichen Linken populär ist, sind die Regime der «DPR» und der «LPR» nicht das Ergebnis eines Volkswillens. Die Führer der «DPR» und der «LPR» sind in die Reihen der herrschenden Eliten der Russischen Föderation integriert und zu deren aggressivem Sprachrohr geworden. In diesen «Republiken» wird jede oppositionelle politische Aktivität unterdrückt, selbst wenn sie loyal gegenüber der russischen Regierung ist. Gleichzeitig werden die Gebiete der «Republiken» rasch deindustrialisiert. Die Infrastruktur verschlechtert sich, und in den Städten werden die öffentlichen Verkehrsnetze demontiert. Selbst für Unternehmen, deren Produkte in die Russische Föderation exportiert werden, sind Lohnrückstände zur Normalität geworden. Proteste von Arbeiter·inne·n gipfeln in der Entführung von Aktivist·inn·en und dem Auftauchen von Militärfahrzeugen.

Darüber hinaus ist der Donbass bereits zu einer Zone des Umweltkollapses geworden. Mehrere Bergwerke wurden ohne angemessene Erhaltungsmassnahmen geschlossen, was zu einer Verseuchung des Trinkwassers geführt hat. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen ist der Donbass, obwohl er die am dichtesten besiedelte Region der Ukraine ist, auch die Region mit den meisten Landminen der Welt.

Was ist zu tun?

Nun schliesst der Kreml direkte Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine aus. Stattdessen will die russische Regierung mit den USA eine Einigung erzielen. Die Entscheidung zur Lösung des Konflikts muss jedoch unter Berücksichtigung des Willens der ukrainischen Bevölkerung getroffen werden, deren Leben direkt von dem Konflikt und der Art und Weise, wie er gelöst wird, abhängt. Die Ukraine darf nicht zum Wechselgeld in den Vereinbarungen zwischen den beiden imperialistischen Staaten werden. Wir kämpfen für eine neutrale und friedliche Ukraine, aber dafür muss der Kreml seine aggressive imperialistische Politik beenden, und die Ukraine muss ernsthaftere Sicherheitsgarantien erhalten als das Budapester Memorandum, das 2014 von der Russischen Föderation eklatant mit Füßen getreten wurde.

Man sollte sich keine Illusionen über die Politik der westlichen Regierungen machen, die dem Grosskapital und ihren eigenen Interessen dienen. Wir denken, dass die Interessen der ukrainischen Arbeiter·innen im Westen nur unter dem Druck von dessen fortschrittlichen Bewegungen und der öffentlichen Meinung Gehör finden können.

Zunächst einmal ist es notwendig, die Feindseligkeiten im Donbass zu beenden und mögliche Provokationen an der Frontlinie zu verhindern, die als Vorwand für eine weitere Intervention dienen könnten. Daher wäre der

erste Schritt der Einsatz eines friedenserhaltenden Kontingents der Vereinten Nationen im Donbass. (...) Die Frage nach einer langfristigen politischen Lösung des Konflikts kann erst nach der Lösung der Sicherheitsprobleme beantwortet werden. Das Ende der Feindseligkeiten wird die Dramatik des Konflikts verringern und danach wird es leichter sein, mögliche Kompromisse einzuleiten. Auch die Bedingungen für eine spätere Reintegration der Gebiete müssen vorbereitet werden.

Hier die nächsten anzugehenden Schritte:

- Der vollständige Rückzug der russischen Truppen aus dem Donbass. Eines der besten Mittel, um Druck auf die Führung der Russischen Föderation auszuüben, wäre die Beschlagnahmung des Eigentums und der Vermögenswerte russischer Oligarchen und Regierungsbeamter in London und anderswo.
- Die Schaffung eines internationalen Programms zur Wiederherstellung der vom Krieg betroffenen Regionen und zur Unterstützung ihrer Bewohner:innen (auch durch die Beschlagnahmung dessen, was von russischen und ukrainischen Oligarchen geraubt wurde).
- Die Revision des sozioökonomischen Prozesses, welcher der Ukraine vom Westen vorgeschlagen wurde: statt destruktiver neoliberaler Reformen unter dem Druck des IWF die Streichung der ukrainischen Auslandsschulden
- Eine inklusivere und fortschrittlichere humanitäre Politik in der Ukraine, Beendigung der Straffreiheit für die ukrainische extreme Rechte und Abschaffung der Gesetze zur «Dekommunisierung»³.
- Die Anordnung von Menschenrechtsgarantien für diejenigen, die in der «DPR» und der «LPR» leben, Verabschiedung eines Amnestiegesetzes für diejenigen, die keine Kriegsverbrechen begangen haben.

Der Krieg im Donbass hat das Leben tausender Menschen zerstört und Millionen gezwungen, ihr zu Hause zu verlassen. Die Drohung einer Eskalation in der Ukraine als Damoklesschwert schränkt den Spielraum fortschrittlicher Politik erheblich ein. Für die Zukunft der sozialistischen Bewegung in der Ukraine braucht es die internationale Solidarität.

1. «Sotsialniy Rukh»: Die «Soziale Bewegung» ist eine Gruppe von Aktivist:inn-en in der Ukraine, die sich in den grossen städtischen Zentren für zahlreiche Anliegen engagiert: Antifaschismus, LGBT-Rechte, gegen Polizeirepression und für eine sozialere Gesellschaft.

2. OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

3. Unter Dekommunisierung oder Entkommunisierung versteht man den Vorgang, der sich mit der Abschaffung der Überreste des Kommunismus in den postkommunistischen Staaten im Hinblick auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte beschäftigt. (Quelle: Wikipedia)



UKRAINE

Eine Medienschule als Beitrag zur Konfliktlösung

Der Konflikt in der Ostukraine, von dem drei Millionen Menschen an Ort und Stelle direkt betroffen sind, verstärkt eine seit Jahren künstlich geschürte Kluft (Ost+Süd versus West+Nord) in der ukrainischen Bevölkerung. Traumatische und unverarbeitete Erfahrungen führen zu einer Polarisierung der Meinungen.

In einem grossen Teil der ukrainischen Öffentlichkeit gelten Luhansk und Donezk als mental rückständig und «prorussisch» und die Regionen selbst werden in erster Linie in einer Chronik von Kriegsgeschehen wahrgenommen. Die menschliche Dimension des Konflikts gerät in den Hintergrund.

Transkarpatien, am anderen, westlichen Ende der Ukraine, ist ebenfalls das Opfer tief-sitzender Vorurteile. Die Region gilt als anfällig für Separatismus und wird ansonsten bloss als Tourismusdestination wahrgenommen – mit einer Bevölkerung, die «unpatriotisch» dauernd im Ausland auf Arbeitssuche ist.

Unser Projekt einer Medienschule konzentriert sich auf die Ausbildung von aktiven jungen Menschen aus den westlichen und östlichen Teilen der Ukraine. Es geht darum, Erfahrung im Aufbau lokaler, nicht-kommerzieller Medien zu sammeln, die dazu beitragen, der Hassrede («hate-speech») im öffentlichen Raum entgegenzuwirken, gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu verdeutlichen und die Probleme gefährdeter Gruppen sichtbar zu machen. Die Zielgruppen der Ausbildung sind Student:inn-en und andere junge Leute aus Uzhhorod (Transkarpatien), Severodonetsk (administrativer Hauptort des Teils vom Oblast Luhansk, der unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung steht), sowie aus den von Separatisten

besetzten Gebiete Luhansk und Donetsk. Das angestrebte Projektziel ist die Schaffung kleiner unabhängiger Medien, die sich den kulturellen und historischen Besonderheiten der Regionen widmen und über aktuelle soziale Probleme berichten. Menschen, die im Donbass auf beiden Seiten der Demarkationslinie oder in der Westukraine leben, sollen damit eine Stimme erhalten.

Im Rahmen der Schule wollen wir die Teilnehmer:innen mit den Erfahrungen von Medienschaffenden in Konfliktregionen von verschiedenen Ländern konfrontieren. Referent:inn-en aus dem In- und Ausland sollen dazu eingeladen werden. Es geht um die Fragen wie: Welche Rolle spielen unabhängige Medien in Konfliktsituationen, und welche Rolle spielt einseitige, hetzerische Berichterstattung? Wir wollen auch untersuchen, inwiefern militärische Konflikte Diskriminierungen in den betroffenen Gesellschaften verstärken oder sichtbar machen. Das Projekt soll dieses Jahr in Gang kommen und bis 2024 dauern. Die ersten Seminare sollen zuerst in Nischnje Selischtsche in Transkarpatien und dann in Severodonetsk stattfinden. Leider ist momentan nicht absehbar, wie sich die aktuelle Kriegsbedrohung auf unser Vorhaben auswirken wird.

Nailya Ibragimova,
EBF Transkarpatien

bell hooks

Gloria Jean Watkins, besser bekannt unter ihrem Künstlernamen bell hooks, afroamerikanische Wissenschaftlerin, Autorin und feministische Aktivistin, starb am 15. Dezember 2021 in Berea im US-Staat Kentucky. Mit ihren Analysen hat sie die zerstörerische Funktion des Patriarchats entlarvt und eine für dessen Bekämpfung so wichtige Schwesternschaft proklamiert.

«Es ist klar, dass wir ein System nicht rückgängig machen können, solange wir uns an einer kollektiven Leugnung hinsichtlich seiner Auswirkungen auf unser Leben beteiligen. Das Patriarchat fordert die männliche Vorherrschaft mit allen notwendigen Mitteln, und dafür lässt es sexistische Gewalt zu, fördert sie und verschliesst bewusst die Augen davor.»¹

bell hooks wurde am 25. September 1952 in Hopkinsville im Süden der USA geboren und wuchs mit ihren fünf Schwestern und ihrem Bruder in einer Familie der Arbeiterklasse auf. Ihr Vater war Türsteher und ihre Mutter Hausangestellte. Sie schreibt, dass ihre Erfahrung, arm, schwarz und als Frau aufzuwachsen, einen tiefen Einfluss auf sie hatte und ihr schon früh die Geschlechter-, Klassen- und Rassenverhältnisse bewusst machte. Bereits als Kind macht sie Erfahrungen mit Rassismus, insbesondere in den öffentlichen Schulen, die damals der Rassentrennung unterlagen. In dem Bewusstsein der Gewalt gegen schwarze Frauen lehnt sie eine Zukunft als Dienstmädchen oder Hausfrau radikal ab. hooks ist lernbegierig, liest viel, schreibt Gedichte und träumt davon, Schriftstellerin zu werden. 1978 veröffentlicht sie ihren ersten Gedichtband.

Nach ihrem Highschool-Abschluss beginnt sie als eine der wenigen schwarzen Frauen, noch dazu aus einfachen Verhältnissen, an der renommierten Stanford University Literatur zu studieren. Während ihres Studiums entdeckt bell hooks die völlige Unsichtbarmachung schwarzer Frauen in der Geschichte. Von da an beginnt sie über die Existenz schwarzer Frauen und deren Geschichten zu recherchieren. Diese Arbeit ist die Basis für

ihr grosses Werk «Ain't I a woman: Black Women and Feminism», das sie im Jahr 1981 im Alter von 19 Jahren veröffentlicht.

Intersektionalität

In diesem Buch, dem Hauptwerk der Black-Feminism-Bewegung, beschreibt bell hooks die Prozesse der Marginalisierung schwarzer Frauen in den USA und die doppelte Diskriminierung, der schwarze Frauen ausgesetzt sind: die Diskriminierung als Frau und die Diskriminierung als Schwarze. Die amerikanische feministische Schriftstellerin Kimberlé Crenshaw definierte 1989 den Begriff der Intersektionalität, d. h. die Überschneidung mehrerer Herrschaftsverhältnisse, die sowohl zur rassistischen als auch sexistischen Unterdrückung einer Person führen.

In «Ain't I a woman» behandelt bell hooks mehrere Themen, die sich in vielen ihrer Werke wiederfinden: die Erfahrungen schwarzer Sklavinnen, die Geschichte und die Auswirkungen von Sexismus und Rassismus auf schwarze Frauen, die Abwertung schwarzer Weiblichkeit, die Rolle der Medien, der Bildung und des weissen patriarchalen Imperialismus sowie die verächtliche Haltung gegenüber rassistierten Frauen aus einfachen Verhältnissen innerhalb des Feminismus.

«Schwarze Frauen hatten den Eindruck, dass sie aufgefördert wurden, zwischen einer schwarzen Bewegung, die hauptsächlich den Interessen sexistischer schwarzer Männer diene, und einer Frauenbewegung, die hauptsächlich den Interessen rassistischer weisser Frauen diene, zu wählen».

Nachdem sie 1983 eine Dissertation über die schwarze Schriftstellerin Toni Morrison verfasst hatte, wurde bell hooks Professorin für afrikanische und afroamerikanische Studien an der Yale University in Connecticut. Pädagogik ist für sie eine Praxis der Freiheit. Ihrer Meinung nach kann die Gesellschaft nur durch das Verlernen und die Zerstörung aller Systeme von Herrschaft und Unterdrückung verändert werden und durch das Erlernen von Methoden, um die Welt zu verstehen, zu kritisieren und zu analysieren. Schwesternschaft, die politische Solidarität unter Frauen, ist ein zentrales Konzept im Werk von bell hooks. «Echte politische Solidarität bedeutet, dass man lernt, gegen Unterdrückung zu kämpfen, die man nicht selbst erleidet. (...) «Wir können Schwestern sein, vereint durch gemeinsame Interessen und Überzeugungen,

vereint in unserer Vielfalt, vereint in dem Kampf, den wir führen, um die sexistische Unterdrückung zu beenden, vereint in politischer Solidarität». Die Unterdrückung von Geschlecht, Klasse und Rasse habe dieselben Wurzeln; der Kampf für die sexuelle Befreiung müsse derselbe sein wie der Kampf für die Befreiung von diskriminierten Rassen. Echte Schwesternschaft muss echte Allianzen zwischen Frauen aufbauen und nicht Systeme von Herrschaft und Unterdrückung reproduzieren. «Lassen Sie uns diese Dinge nicht getrennt betrachten. Schauen wir uns an, wie sie zusammenlaufen.»²

Hass und Liebe

Die Konkurrenz unter Frauen ist in den Augen bell hooks ein Produkt der sexistischen Ideologie. «Es ist der Sexismus, der Frauen dazu bringt, sich ohne ersichtlichen Grund als Bedrohung füreinander wahrzunehmen. Sexismus lehrt sie, Sexualobjekte für Männer zu sein; wenn aber Frauen, die diese Rolle abgelehnt haben, hochmütig und verächtlich auf Frauen blicken, die nicht in dieser Rolle sind, bleiben sie unter dem Einfluss des Sexismus. Sexismus führt dazu, dass Frauen die Elternarbeit herabsetzen, indem sie ihre Jobs und Karrieren überbewerten. Ebenso bringen manche Frauen, weil sie der sexistischen Ideologie anhängen, ihren Kindern bei, dass es nur zwei Arten von Verhaltensmustern gibt: Dominanz oder Unterwerfung. Sexismus lehrt Frauen, Frauen zu hassen, und bewusst oder unbewusst setzen wir diese Lektion des Hasses in unserem täglichen Austausch immer wieder in die Tat um.»³

Und sie hat schon vor Jahrzehnten auf eine Art über Liebe nachgedacht, die gerade heute wieder sehr aktuell wirkt. «Jemand, der dich missbraucht, liebt dich nicht», sagt sie 2002 in einem Interview. Man sollte meinen, dass sich das von selbst versteht. Aber tatsächlich sind so viele von uns in ihrer Kindheit auf die eine oder andere Art und Weise verletzt worden, dass wir uns wirklich von der Vorstellung lösen müssen, dass jemand, der uns verletzt, uns auch lieben kann.» Heute würde man dazu wahrscheinlich «toxische Beziehung» sagen. Die Art, wie bell hooks über Liebe sprach und nachdachte, hat zum Beispiel auch die junge Autorin Şeyda Kurt in ihrem Buch «Radikale Zärtlichkeit – Warum Liebe politisch ist» beeinflusst.

Einige der Bücher, die bell hooks vor Jahren und Jahrzehnten geschrieben hat, wurden in den letzten zwei Jahren endlich auch von verschiedenen Verlagen in deutscher Sprache publiziert. Wir selbst haben vor zwei Jahren den Text «Das Patriarchat verstehen» auf Deutsch und Französisch übersetzt und in drei Teilen im Archipel publiziert.⁴

Danke bell hooks für Deinen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der patriarchalen Zusammenhänge und die Aufforderung, diese zu dekonstruieren. Es lohnt sich wirklich, Deine Werke zu lesen – sie öffnen uns Augen und Sinne!

Constanze Warta



1. aus: «The will to change, Men, Masculinity, and Love», 2004
 2. aus «Ain't I a woman – Black Women and Feminism», 1981
 3. «Sorority: Political Solidarity between Women», Feminist Review, Nr. 23, 1986
 4. Archipel Nr 283, 284 u. 285. Sie finden alle drei Artikel mithilfe des Suchwortes «bell hooks» im Archiv auf unserer Webseite www.forumcivique.org

Die Pandemie-fabrik*

Marie Monique Robin ist eine französische Journalistin, Autorin und Dokumentarfilmerin, bekannt unter anderem durch die Werke «Mit Gift und Genen – Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert» und «Roundup, der Prozess». Wie für viele hat Corona ihr Schaffen stark beeinflusst – und gleichzeitig inspiriert.

Im Frühjahr 2021 ist ihr neues Buch erschienen (bisher nur auf Französisch), recherchiert und geschrieben in einer Zeit geprägt durch Lockdowns und Einschränkungen: ein «Buch aus dem Lockdown», in dem die Autorin der Frage nach den Ursachen der Covid-19-Pandemie nachgegangen ist. Für ihr Buch befragte die Autorin in Videokonferenzen 62 Wissenschaftlerinnen auf der ganzen Welt. Das Resultat ist eine erschreckende Feststellung: Was über viele von uns überraschend hereinbrach, war in Tat und Wahrheit von vielen Wissenschaftlerinnen schon seit Jahren vorhergesagt. Seit mehr als zwanzig Jahren schlagen sie schon Alarm: Der Niedergang der biologischen Vielfalt, verursacht durch menschliche Aktivitäten, wird zum vermehrten Auftreten, ja zu einer wahrhaftigen Epidemie von Pandemien führen. Während in den 1970er Jahren nur alle zehn Jahre eine neue Infektionskrankheit nachgewiesen wurde, werden seit den 2000er Jahren jedes Jahr mindestens fünf registriert. Mehr als 60 Prozent der zwischen 1940 und 2004 neu aufgetretenen Infektionskrankheiten zählen zu den Zoonosen.

Anthropisierung unserer Lebensräume

Zoonosen sind vom Tier auf den Menschen übertragene Infektionskrankheiten. Seit der Domestizierung von Tieren vor 17.000 Jahren – insbesondere aber seit dem Neolithikum vor 12.000 Jahren und dem Beginn der Landwirtschaft – sind Menschen und Tiere in einen engen und regelmässigen Kontakt getreten. Damit wurde auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Pathogene (Viren, Bakterien, Pilze, Parasiten) auf einen neuen Wirt überspringen. Einige der am meisten gefürchteten Infektionskrankheiten unserer Geschichte sind von Tieren auf den Menschen übergegangen, wie beispielsweise die Masern, deren Erreger von Rindern stammen. Auch das Coronavirus SARS-CoV-2 ist mit grosser Wahrscheinlichkeit von einer Tierart auf den Menschen übersprungen.

Wie lässt sich aber der rasante Anstieg von Zoonosen erklären? Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass das Risiko für ein Auftreten von Zoonosen in den Regionen der Welt am höchsten ist, die sich durch eine hohe Anthropisierung, der Umwandlung von Landschaften und natürlichen Lebensräumen durch menschliches Handeln auszeichnen. Weitere Faktoren, die ebenfalls ins Gewicht fallen: eine hohe Bevölkerungszahl, Klimawandel und eine starke Integration der jeweiligen Region in die Weltwirtschaft.

Bemerkenswert ist, dass eine wissenschaftliche Studie, basierend auf einer Modellierung, Wuhan in China als einen der potenziellen Hotspots für das Auftreten von neuen Infektionskrankheiten identifizierte – und das bevor Sars-CoV-2 überhaupt die Bühne betrat. Ein Faktor, der in allen Untersuchungen besonders ins Gewicht fällt, ist die starke Abholzung von Wäldern. Die vollständige oder teilweise Zerstörung eines tropischen Waldes verändert tiefgreifend das Verhalten und die Vielfalt der dort lebenden Tiere. Durch Habitatsverlust werden bestimmte Tierarten dazu gezwungen, ihren Lebensraum mit den Menschen zu teilen. Dadurch steigen die Kontaktpunkte mit den Menschen, was einen Austausch von mikrobiellen Erregern wahrscheinlicher macht. Vieler-

orts wird zudem auf den gerodeten Waldflächen eine Landwirtschaft mit Tierhaltung angesiedelt. Viele Nutztierarten können als Zwischenwirte für Pathogene figurieren und so eine epidemiologische Brücke zwischen den Wildtieren und den Menschen bilden. In intensiven Massentierhaltungen von Schweinen und Hühnern, durch Stress und geringe genetische Vielfalt unter den Tieren begünstigt, finden Pathogene ideale Bedingungen, um an Virulenz zu gewinnen und auf den Menschen überspringen.

Der Rückgang von geeignetem Lebensraum durch Abholzung kann sich auch über den Verlust von biologischer Vielfalt auf das epidemiologische Geschehen auswirken. Verschwinden beispielweise Grossraubtiere, können sich kleinere Säugetiere stark vermehren. Unter ihnen befinden sich auch einige, die gute Reservoirs für Infektionskrankheiten sind wie zum Beispiel die Nagetiere.

Die Rolle der Biodiversität

Biodiversität kann uns also vor neu auftretenden Infektionskrankheiten schützen. Dabei würde man intuitiv annehmen, dass eine hohe Biodiversität an Tieren auch eine hohe Diversität an Pathogenen bedeutet und somit auch ein hohes Risiko für Übertragungen auf den Menschen. Der erste Teil trifft auch tatsächlich zu: Biodiversitätshotspots sind gleichzeitig Orte, die sich durch eine Vielzahl an Pathogenen auszeichnen. Gleichzeitig gibt es aber eine positive Korrelation zwischen der Anzahl neu auftretender Krankheiten in einer Region und der Anzahl gefährdeter Säugetier- und Vogelarten in derselben Region, was heisst: Je mehr gefährdete Arten, umso höher die Anzahl neu auftretender Krankheiten. Anders ausgedrückt: Zoonose-Epidemien und vektorübertragene Krankheiten hängen mit dem Verlust der biologischen Vielfalt zusammen. Und in der Umkehr heisst das, dass eine vielfältige Umwelt uns vor neu auftretenden Infektionskrankheiten schützt.



Auf dem Weg in die Zivilisation. Bild: M. Arrow, 2022

Wie kann Biodiversität uns schützen? Einerseits treten in einem intakten Ökosystem Mechanismen auf, welche die Populationsdichte einer Art gering halten, die als natürliches Reservoir für einen Krankheitserreger dienen könnte. Dieser Effekt wird als «Verdünnungseffekt» bezeichnet und ist durch viele empirische Studien belegt. Andererseits spielt die biologische Vielfalt der Umwelt eine Schlüsselrolle für die Bildung des Immunsystems und eines ausgewogenen Mikrobioms¹ bei uns Menschen. Neueste Forschungsergebnisse zeigen auf, wie wichtig der Kontakt mit einer natürlichen, vielfältigen Umgebung in der frühen Kindheit ist, um die Entstehung von Allergien, Autoimmunerkrankungen und Entzündungserkrankungen zu verhindern. Und vielleicht auch, um uns vor Viren wie SARS-CoV2 zu schützen: Die Entwicklung einer wirksamen und angepassten Immunantwort kann die Virusinfektion eindämmen, während die unkontrollierte Aktivierung der angeborenen Immunzellen durch einen Virus zu einem Zytokinsturm² und einer Hyperinflammation der Lunge führen kann, was wiederum ein akutes Atemnotsyndrom und multiple Organausfälle zur Folge haben kann.

One planet – alles ist vernetzt

Die Covid-19 Pandemie zeigt deutlich: Wir sind ein Teil der Ökosysteme, unsere Gesundheit ist eng verbunden mit der Gesundheit unseres Planeten. Alle menschlichen Aktivitäten mit Auswirkungen auf Biodiversität, Wasser, Boden, Klima, etc. spielen hier mit hinein und interagieren mit unserer Gesundheit. So verändert beispielsweise die Klimaerwärmung die Verbreitung von Infektionskrankheiten. Das Auftauen eines mit Anthrax infizierten Rentieres, seit 75 Jahren konserviert im sibirischen «Permafrost», führte 2016 zum Wiederaufflammen der tödlichen Epidemie für Rentiere und führte auch zum Tod eines Kindes. Auch Europa wird nicht verschont: Erste Fälle von Denguefieber sind in Südfrankreich aufgetreten und alles deutet darauf hin, dass die Überträgermücke ihre Ausbreitung in den Norden fortsetzen wird.

Tatsächlich kann die menschliche Gesundheit als Indikator für die Funktion von Ökosystemen verwendet werden: Je schlechter es um die Umwelt steht, umso schlechter steht es um den gesundheitlichen Zustand der Menschen. Und das trifft auch auf die psychische Gesundheit zu. Die Liebe zur Natur und zu anderen Formen des Lebens in Ökosystemen, auch als Biophilie bezeichnet, ist uns Menschen angeboren. So erklären sich auch die positiven Effekte, die beispielsweise ein Aufenthalt im Wald auf Körper und Psyche der Menschen haben. «Waldbaden» (Shirin Yoku) ist heute eine anerkannte Methode der Stress-Bewältigung.

Es ist an der Zeit, dass die Politik versteht, dass die Gesundheit des Menschen von der Gesundheit der Ökosysteme und der Tiere abhängt – alles ist miteinander verbunden. Es ist auch an der Zeit, dass Politiker:innen handeln, um die Zerstörung der Artenvielfalt und den Klimawandel zu stoppen, deren Synergieeffekte bereits jetzt verheerende Folgen für die öffentliche Gesundheit haben. Und schlussendlich ist es auch höchste Zeit, soziale Ungleichheit drastisch zu reduzieren. Denn die Bürde der Gesundheitsbelastung

ist nicht gleichmässig verteilt, die Ärmsten sind am stärksten betroffen. Die menschlichen Aktivitäten, die Ökosysteme zerstören, schaffen einige wenige Gewinner und viele Verlierer.

Nur durch tiefgreifende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen heute können zukünftige Pandemien vermieden werden. Wenn wir unser Verhältnis zur Natur und zu der Tierwelt nicht radikal überdenken, werden wir in eine Ära der chronischen Lockdowns eintreten, mit fatalen Folgen für die Menschen und die Wirtschaft. Es reicht nicht, nur nach rein technischen Antworten zu suchen: Die Lösung ist nicht, dem x-ten Impfstoff hinterherzulaufen, der uns vielleicht vor der x-ten Krankheit schützen kann.

Das beste Mittel gegen das Auftreten von neuen Infektionskrankheiten ist die Erhaltung der Biodiversität.

Esther Gerber, Biologin, Longo maï

*Robin, Marie-Monique: «La Fabrique des Pandémies – Préserver la biodiversité, un impérative pour la santé planétaire.» La Découverte, 2021.

Mit dieser Buchbesprechung wollten wir jetzt schon auf das Werk und dessen interessanten Inhalt aufmerksam machen, obwohl bisher noch keine deutsche Fassung vorliegt. Wir hoffen, dass diese bald erscheinen wird, ebenso ist ein Dokumentarfilm in Vorbereitung. (Anm. der Red.)

¹ Als Mikrobiom bezeichnet man die Gesamtheit aller Mikroorganismen (z.B. Bakterien, Viren, Pilze), die einen Makroorganismus (Mensch, Tier, Pflanze) besiedeln.

² Ein Zytokinsturm ist eine potentiell lebensgefährliche Entgleisung des Immunsystems, bei der es zu einer sich selbst verstärkenden Rückkoppelung zwischen Zytokinen und Immunzellen kommt.

Freiheit für die ersten vier aus Las Raíces

+++ Tenerife +++

Das Gericht von Santa Cruz de Tenerife hat vier Migranten, die beschuldigt worden waren, einen Aufstand im Lager Las Raíces in La Laguna provoziert zu haben, zu einem Jahr bedingtem Gefängnis verurteilt. Noch am Tag des Schuldspruchs wurden sie freigelassen – ein Erfolg!

Wir erinnern uns: Im Februar 2020 werden die ersten riesigen Flüchtlingscamps auf Teneriffa eröffnet und plötzlich finden sich tausende Schutz suchende Menschen auf sehr engem Raum in provisorischen Massenunterkünften wieder. Mehrmals täglich müssen die Menschen stundenlang für Essen und eine Dusche anstehen. Ständig von Abschiebung bedroht und in Ungewissheit schwebend ergab sich unter ihnen eine explosive Stimmung und es kam zu Schlägereien in den Lagern Las Raíces und Las Canteras. Die Staatsanwaltschaft forderte horrenden elf Jahre Gefängnis für die seit April 2021 in Untersuchungshaft sitzenden jungen Menschen.

Das Gericht kritisiert die «nicht glaubwürdige Version» der NRO-Mitarbeiter, die das Lager leiteten, und die als Zeugen im Prozess auftraten. So wurde zumindest in Teilen die Anklage als eine Farce demaskiert. Die Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis wurde von spanischen Medien auch als ein Gesicht wahren wollen vor der Staatsanwaltschaft gedeutet. Ob das Gericht etwas genauer hinterfragte, weil es internationale Aufmerksamkeit gab? Nein, der Prozess wurde nicht international beobachtet – da wird noch viel zu machen sein! Allerdings konnte, auch dank der Unterstützung des EBF, für einen ausserordentlich kompetenten und engagierten Rechtsbeistand gesorgt werden. Vielen Dank und ein grosses Bravo an die Anwältin Loueila Mint El Mamy!

Noch sitzen allerdings mehrere Dutzend andere Geflüchteter im Gefängnis, allein auf Teneriffa. Wegen angeblichen Menschenhandels, der oft nur damit begründet wird, dass sie beim Steuern über den Atlantik Verantwortung übernahmen. Nicht, weil sie etwa Geld dafür bekommen hätten. Eine klassische Schuldumkehr, wie im Fall eines Vaters, dessen Sohn vor Samos auf der Flucht im Mittelmeer ertrank. Der Vater wird sich für den Tod seines kleinen Jungen vor Gericht verantworten müssen. Welch Schande für Europa!

Ohne internationale Aufmerksamkeit für diese Missstände und ein Umlenken der europäischen Grenzpolitik riskieren diese Menschen, für Jahrzehnte hinter Gittern zu verschwinden. Das Gegenteil von Freiheit im freien Europa.

Johannes Dahmke